G 007 DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Lfd.-Nr. 1175

Umgang mit Schuldenkrise

Der DGB setzt sich vermehrt dafür ein, dass zur Bewältigung der durch die Banken verschärften Schuldenkrise der europäischen Staaten endlich vom reinen Spardiktat der Politik abgewichen wird. Das „Gesundschrumpfen" der durch die Schuldenkrise besonders betroffenen Länder führt dort zu massiven sozialen Verwerfungen und ist kein Ausweg aus der Rezessionsspirale.

Begründung:

Bislang führt die einseitig nur auf Einsparungen ausgelegte Politik, insbesondere in den Euro-Krisenländern, nicht aus der Schuldenkrise. Vielmehr sind der soziale Niedergang, eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit und zunehmende (Alters-) armut die Folgen. Eine aufkommende Radikalisierung innerhalb Europas gegenüber der deutschen Bundesregierung und deren Forderung nach Konsolidierung der Staatshaushalte durch die restriktiven Auflagen ist zu beachten. Es ist deshalb notwendig, dass Fundament für eine Neuordnung unserer Gesellschaft und Wirtschaft zu legen. Dazu kann der vom DGB ausgearbeitete Marshallplan für Europa die Grundlage bilden.

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material zu Antrag G 001